

Ralf Poscher/Johannes Rux/Thomas Langer

Von der Integration zur Inklusion

Das Recht auf Bildung aus der Behindertenrechts-
konvention der Vereinten Nationen und seine
innerstaatliche Umsetzung



Nomos

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Einführung	11
1. Teil: Völkerrechtliche Verpflichtungen aus der Behindertenrechtskonvention	13
I. Ratifikation und Umsetzung der Behindertenrechtskonvention	13
A. Unterzeichnung	13
1. Verbandskompetenz	14
2. Organkompetenz	15
B. Ratifikation	15
1. Erforderlichkeit eines Vertragsgesetzes	16
a. Initiativrecht der Bundesregierung	16
b. Mitwirkung des Bundesrates	17
2. Ratifikation durch den Bundespräsidenten	18
C. Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention	18
D. Innerstaatliche Geltung und Umsetzung der Konvention	19
II. Regelungsgehalte der Behindertenrechtskonvention	20
A. Anwendungsbereich der Konvention	20
1. Begriff des Bildungssystems	20
2. Begriff der Behinderung	20
B. Inhalt der Verpflichtungen	22
1. Das Recht auf Bildung, Art. 24 Abs. 1 S. 1 BRK	22
a. Allgemeine Verpflichtung zu einem inklusiven Bildungssystem	22
b. Besondere Verpflichtungen	29
(1) Unentgeltlicher Grundschulunterricht	30
(2) Zugang zur Schule	32
(3) Gleichberechtigter Zugang	33
(4) Individuelle Unterstützung	33
(5) Einstellung qualifizierter Lehrkräfte	34
(6) Fortbildung	34
2. Schranken des Rechts auf Bildung	35
a. Kindeswohl der Schüler mit Behinderungen	35
b. Rechte der Mitschüler	36
c. Kosten	36
3. Art der Verpflichtungen	37

4.	Befugnis zur Entscheidung über den Besuch einer Regel- oder Förderschule	39
C.	Durchführung und Überwachung der Verpflichtungen	40
1.	Internationale Ebene	41
a.	Behindertenrechtsausschuss	41
b.	Berichtswesen	41
c.	Individuelles Mitteilungsverfahren	42
d.	Untersuchungsverfahren	43
2.	Nationale Ebene	43
a.	Anlaufstellen	44
b.	Koordinierungsmechanismen	44
(1)	Staatliche Mechanismen	45
(2)	Unabhängige Mechanismen	45
c.	Partizipation der Zivilgesellschaft	45
2. Teil:	Die innerstaatliche Umsetzung der Behindertenrechtskonvention	46
III.	Die Vorgaben des Bundesrechts	47
A.	Das Verbot einer Benachteiligung wegen einer Behinderung nach Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG	47
1.	Der Begriff der Behinderung	48
2.	Exkurs: Arten des integrativen Unterrichts und die Motive für den Wunsch nach Zulassung zur allgemeinen Schule	49
3.	Die Voraussetzungen für die Zulassung zum integrativen Unterricht	51
a.	Die Kosten als Schranke für die Zulassung zum Unterricht in einer allgemeinen Schule	53
(1)	Kosten für Hilfsmittel und Unterstützungsmaßnahmen	54
(2)	Personalkosten	58
(3)	Baukosten	59
b.	Organisatorische Aspekte als Schranke für die Zulassung zu einer allgemeinen Schule	60
c.	Die schutzwürdigen Rechte Dritter als Schranke für die Zulassung zu einer allgemeinen Schule	61
4.	Das Gebot zur Förderung behinderter Menschen und der Anspruch auf Nachteilsausgleich bei schulischen Prüfungen	62
B.	Das Elternrecht nach Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	66
C.	Zwischenergebnis	67
IV.	Die Rechtslage in den Ländern	68
A.	Baden-Württemberg	71
1.	Die Landesverfassung	71
2.	Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungsbestimmungen	72

B. Bayern	74
1. Die Landesverfassung	74
2. Das Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und die einschlägigen Ausführungsbestimmungen	75
C. Berlin	78
1. Die Landesverfassung	78
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	78
D. Brandenburg	81
1. Die Landesverfassung	81
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	82
E. Bremen	84
1. Die Landesverfassung	84
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	84
F. Hamburg	86
1. Die Landesverfassung	86
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	86
G. Hessen	89
1. Die Landesverfassung	89
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	90
H. Mecklenburg-Vorpommern	93
1. Die Landesverfassung	93
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	93
I. Niedersachsen	95
1. Die Landesverfassung	95
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	95
J. Nordrhein-Westfalen	97
1. Die Landesverfassung	97
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	97
K. Rheinland-Pfalz	100
1. Die Landesverfassung	100
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	100
L. Saarland	103
1. Die Landesverfassung	103
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	104

M. Sachsen	106
1. Die Landesverfassung	106
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	106
N. Sachsen-Anhalt	110
1. Die Landesverfassung	110
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	110
O. Schleswig-Holstein	113
1. Die Landesverfassung	113
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	113
P. Thüringen	116
1. Die Landesverfassung	116
2. Das Schulgesetz und die einschlägigen Ausführungs- bestimmungen	116
 Zusammenfassung	 118
Zum 1. Teil: Völkerrechtliche Verpflichtungen aus der Behinderten- rechtskonvention	118
Zum 2. Teil: Die innerstaatliche Umsetzung der Behindertenrechtskonvention	120